

Nr.2, Juni 2002

Die Hietzinger Grünalternativen



Treffen der Bezirksgruppe (auch im Sommer) jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr beim „Lustigen Radfahrer“ in der Rohrbachersstr. 21. Wir freuen uns auf ihr Kommen! <http://hietzing.gruene.at>

IMPRESSUM: MHV: Die Grünen - Grüne Alternative Wien, 1070 Wien, Lindengasse 40. DVR 1021184. Die Grüne Alternative Wien, Bezirksgruppe Hietzing. **Redaktion:** Ingrid Risha, Brigitte Roth, Gerhard Jordan (hietzing@gruene.at). **LayOut:** Souterrain Group. **Druck:** Brücke Satz & Druck. Gedruckt auf Umweltschutzpapier.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Einige Initiativen, die auf grüne Anregung zurückgingen, beginnen langsam Früchte zu tragen. So entwickelte sich etwa rund um den Vorschlag meiner Kollegin Ingrid Risha, an der Stelle der ehemaligen Hietzinger Synagoge (Eitelbergergasse/Neue-Welt-Gasse) ein würdiges Mahmal zu errichten, da die dort angebrachte Gedenktafel kaum sichtbar ist, nach längerer Diskussion ein breiter Konsens in der Bezirksvertretung. Dank der Mithilfe des engagierten Direktors der Volkshochschule Hietzing steht einer Verwirklichung nun nichts mehr im Wege.

Wir hoffen, dass auch dem Projekt "Lokale Agenda 21" ein ähnlich positives Echo zuteil wird.

Weniger optimistisch stimmen leider die Pläne für die Errichtung einer Volksgarage in der Aufhofstraße, ein Schwerpunktthema dieser Nummer.

Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback. Sie erreichen uns telefonisch unter 4000/81-832 und per E-Mail unter hietzing@gruene.at. Auf unserer Homepage <http://hietzing.gruene.at> können Sie u.a. alle grünen Anträge in der Bezirksvertretung sowie aktuelle Berichte aus der Kommunalpolitik finden.

Die Treffen der grünen Bezirksgruppe finden an jedem 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Gasthaus "Zum lustigen Radfahrer" in der Rohrbacherstraße 21 statt. Die nächsten Termine: 3. und 17. Juli sowie 7. und 21. August.

Sie sind herzlich eingeladen, vorbeizukommen. Sie können auch bei den Grünen Mitglied werden. Verwenden Sie einfach den Rücksendeabschnitt auf Seite 8 (auch wenn Sie unsere Zeitung, die aus Geldmangel nur in einem Teil des Bezirks verschickt wird, regelmäßig erhalten wollen).

Die nächste Sitzung der Hietzinger Bezirksvertretung findet am Mittwoch, den 18. September um 18 Uhr im Großen Festsaal des Amtshauses (1130, Hietzinger Kai 1-3) statt. ZuhörerInnen sind auch hier willkommen.

Einen schönen Sommer wünscht Ihnen im Namen der Hietzinger Grünen

Gerhard Jordan
Bezirksrat und
Klubvorsitzender
hietzing@gruene.at



Neues von der Klimt-Gedenkstätte

Der in Unter St. Veit beheimatete, sehr engagierte "Verein Gedenkstätte Gustav Klimt" hat am 1./2.Juni eine Exkursion zum Attersee veranstaltet, wo Gustav Klimt (1862-1918), der bekannte Maler der Wiener Secession, zwischen 1900 und 1916 die Sommer verbracht und zahlreiche Landschaften gemalt hat. Wir konnten Orte, an denen damals Klimt gewohnt hatte, besuchen und Motive seiner Bilder aufspüren.

Sorgen bereitet dem Verein die Zukunft der sogenannten "Klimt-Villa" in der Feldmühlgasse, in der sich von 1912 bis 1918 das letzte Atelier dieses Malers befunden hat. Zwar befand kürzlich eine prominent besetzte Jury über mögliche Nutzungen, doch mangelt es weniger an guten Ideen als vielmehr an deren finanzieller Umsetzung. Auch ein benachbartes, zur selben Zeit wie die "Klimt-Villa"



Unterach am Attersee, gemalt von Klimt in den Jahren 1915 und 1916

(um 1860) erbautes Haus, das sogenannte "Maculan-Haus", droht verkauft und abgerissen zu werden, wenn nichts geschieht. Sowohl Bund als auch Land Wien (MA 7) sind aufgefordert, einen Beitrag zu leisten, um dieses interessante "Grätzl" nicht gänzlich den Baulöwen zu überlassen!

Ein Tipp für Kulturinteressierte: Am Sonntag, den 14.Juli findet ab 15 Uhr in der "Klimt-Villa", Feldmühlgasse 15a (verlängerte Witegasse), ein "Japanisches Fest" zum 140. Geburtstag von Gustav Klimt, der bekanntlich auch Einflüsse der ostasiatischen Kunst verarbeitet hat, statt. Die Gedenkstätte ist bis Ende September an Wochenenden und Feiertagen von 14-18 Uhr für BesucherInnen geöffnet.

G.J.



Klimt's ehemaliges Atelier in der Feldmühlgasse lädt ein

Integration: Wie weiter?

Nach wie vor ist ein Sechstel der Wiener Bevölkerung von Wahlen ausgeschlossen. Das Wahlrecht auf Bezirksebene für Drittstaatsangehörige gehört inzwischen – nach langjährigem Druck seitens der Grünen – zu den Vorhaben der Wiener Stadtregierung, doch das allein ist zu wenig. Wir werden nicht aufhören Druck auszuüben, bis das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen auch in Österreich Wirklichkeit wird! Das Bezirkswahlrecht soll es übrigens nur für MigrantInnen geben, die seit 5 Jahren in Wien leben. EU-BürgerInnen hingegen sind sofort nach ihrer Niederlassung in Österreich wahlberechtigt. Diese Unterscheidung zwischen BürgerInnen erster und zweiter Klasse ist für uns Grüne inakzeptabel.

Wohnen

Der überwiegende Teil von Zuwandererfamilien lebt in schlecht ausgestatteten Substandardwohnungen und zahlt dafür bis zu vier mal mehr Miete als ÖsterreicherInnen!



Obwohl MigrantInnen durch ihre Steuern den kommunalen Wohnbau wesentlich mitfinanzieren, weigert sich die Wiener SPÖ, die günstigen Gemeindewohnungen für ZuwanderInnen zu öffnen. Die Grünen fordern die uneingeschränkte Öffnung von Gemeindebauten für alle Wienerinnen und Wiener unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und außerdem Schwerpunktinvestitionen im Bereich der Haussanierung und Stadtteilentwicklung. Integrative Wohnpolitik bedeutet, den Menschen in ihrer Lebensumgebung einen guten Wohnstandard zu bieten.

Obwohl MigrantInnen durch ihre Steuern den kommunalen Wohnbau wesentlich mitfinanzieren, weigert sich die Wiener SPÖ, die günstigen Gemeindewohnungen für ZuwanderInnen zu öffnen. Die Grünen fordern die uneingeschränkte Öffnung von Gemeindebauten für alle Wienerinnen und Wiener unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und außerdem Schwerpunktinvestitionen im Bereich der Haussanierung und Stadtteilentwicklung. Integrative Wohnpolitik bedeutet, den Menschen in ihrer Lebensumgebung einen guten Wohnstandard zu bieten.

Schule

Jedes 3. Kind in Wiener Volksschulen spricht neben Deutsch noch eine andere Muttersprache. Insgesamt werden in Wien über 50 verschiedene Sprachen gesprochen! Nun gilt es, diesen Sprachenreichtum als Vorteil für die Stadt zu erkennen und im Bildungssystem zu nutzen. Die Grünen fordern daher den

Ausbau von zweisprachigen und mehrsprachigen Schulprojekten in Wien, damit alle Kinder die Möglichkeit erhalten, 2 oder mehrere Sprachen ihrer Wahl zu lernen.

Rassismus und Diskriminierung

Österreich ist eines der wenigen westeuropäischen Länder, die noch kein Antidiskriminierungsgesetz haben. So können Menschen aus anderen Ländern praktisch ungestraft diskriminiert – und leider immer öfter rassistisch behandelt werden. Egal ob bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche: nur zu oft erleben ZuwanderInnen was “Diskriminierung” ist. Integration setzt voraus, dass wir nicht zulassen, dass Menschen wegen ihrer Religion, ihrer Herkunft oder Hautfarbe schlechter behandelt werden.

Der Weg zur österreichischen Staatsbürgerschaft...

.. ist lang und beschwerlich – dafür haben die Bundesregierungen vergangener Jahre leider bereits gesorgt. Die Zahlen belegen diese verfehlte Einbürgerungspolitik. Jede/r 6. BewohnerIn Wiens hat noch immer nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, obwohl schon über 70% der MigrantInnen bereits länger als acht Jahre in Wien leben! Ein Hindernis für viele sind die hohen Einbürgerungsgebühren, die es vor allem kinderreichen Familien unmöglich machen, um die Staatsbürgerschaft anzusuchen. Daher fordern wir Grüne die Schaffung eines “Einbürgerungsfonds”, aus dem finanzschwache Familien eine finanzielle Unterstützung für die Einbürgerung erhalten könnten.

WIR FORDERN:

- Gleiche Pflichten – Gleiche Rechte,**
- Kommunales Wahlrecht für alle WienerInnen,**
- Öffnung der Gemeindebauten,**
- Mehrsprachigkeit in den Schulen,**
- Wiener Antidiskriminierungsgesetz,**
- Finanzielle Unterstützung bei Einbürgerungen.**

Maria Vassilakou
Stadträtin

„KUNST STATT RASSISMUS“

Dies steht für eine Aktion der Wiener Grünen, die seit längerer Zeit läuft.

Wenn rassistische Schmierparolen im öffentlichen Raum unentfernt bleiben, treten KünstlerInnen in Aktion, die Schmierparolen werden überdeckt.

Ziel ist es einerseits, rassistische Parolen durch Kunst im öffentlichen Raum zu ersetzen – andererseits aber auch die Verantwortlichen seitens der Stadt Wien dazu zu bewegen, endlich tätig zu werden und, nach dem Vorbild z.B. britischer Städte, diskriminierende Parolen innerhalb von 48 Stunden entfernen zu lassen.

In letzter Zeit häufen sich rassistische Schmierereien in öffentlichen Verkehrsmitteln, Stationen und Wartehäuschen etc. Zum Überkleben dieser haben die Grünen Pickerl produziert, die telefonisch unter 521 25-226 oder per eMail unter dialog@gruene.at bestellt werden können. Nehmen Sie einige Pickerl täglich auf Ihren Wegen mit und überkleben Sie damit rassistische Parolen im öffentlichen Raum.



NEIN zur „Volksgarage“ beim

Als „Bonanza-Mentalität“ beschreibt Grün-Gemeinderat Rüdiger Maresch die Stimmung in der Kommission für Parkraum-Management, in der er als einziges Mitglied der Grünen sitzt: Wie die Goldgräber beim Goldtausch balgen sich Bezirksvorsteher und -politiker (zumeist Männer) um die reichlich sprudelnden Volksgaragen-Fördermillionen. Keiner will zu kurz kommen. Leider hat sich nun auch Hietzing diesem kurz-sichtigen Wettlauf angeschlossen.

Worum geht es? Seit einigen Jahren ist es möglich, aus den Einnahmen der Parkraumbewirtschaftung sogenannte „Volksgaragen“ zu fördern (siehe Kasten unten), im Ausmaß von bis zu 300 Stellplätzen pro Bezirk. Zwar wäre auch die Förderung des öffentlichen Verkehrs aus diesen Mitteln möglich, doch dies wurde bisher kaum genutzt.

Die Pläne in Hietzing

Die Front der „Autofahrer-Parteien“ (ÖVP, SPÖ und FPÖ) in Hietzing wünscht sich eine Volksgarage in Ober Sankt Veit und eine weitere im Hietzinger Zentrum, mit jeweils 150 Stellplätzen. Über letztere wird seit einigen Wochen heftig diskutiert.

Bei der Sitzung der Bezirks-Planungskommission am 16. April 2002 wurde eine Tiefgarage mit 144 Stellplätzen unter der Grünfläche des Steinitzhofs (ein 1952-55

errichteter Gemeindebau), zwischen Auhofstraße Nr. 6A und 6B, ins Auge gefasst.

Wir Grünen haben uns als einzige Fraktion dagegen ausgesprochen und die Bevölkerung informiert. Unsere Argumente:

- Eine derzeitige Oase der Ruhe würde viele Monate hindurch zu einer Baustelle.
- Bäume müssten gefällt werden, für die, auch nach einer Wieder-Begrünung des Garagendachs, kein gleichwertiger Ersatz mehr hinkäme.
- Eine neue Garage würde zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen in der Auhofstraße führen. Lärm und Abgase würden auch ältere BewohnerInnen des Steinitzhofs, die oft selbst gar kein Auto besitzen, beeinträchtigen.
- Das eigentliche Problem der nach Hietzing einpendelnden Autos wird durch den Garagenbau in keiner Weise gelöst.

Standort verlegt

Innerhalb weniger Wochen unterschrieben über 100 AnrainerInnen gegen das Projekt. Diese Bewegung in der Bevölkerung hat mittlerweile dazu geführt, dass der Standort auf das westliche Nachbargrundstück in der Auhofstraße 8, das bisher der kirchlichen Kongregation der Oblaten gehörte, verlegt wurde (Foto rechts oben). Den Beschluss fasste die Bezirksvertretung gegen die Stimmen der Grünen am 19. Juni. Dies rettet zwar die Bäume im Steinitzhof und enthebt die BewohnerInnen der Stiegen 5 bis 7 einer Sorge,



doch alle anderen Argumente gegen die Garage bleiben aktuell - insbesondere die Tatsache, dass (wie wir selbst bei Lokalaugenschein feststellen konnten) im Bereich Auhofstraße-Braunschweigergasse rund ein Viertel EinpendlerInnen (Kfz mit Nicht-Wiener Kennzeichen) parkt.

Nur durch Einführung einer Parkraumbewirtschaftung, wie sie z.B. im 15. Bezirk rund um die Stadthalle geplant ist, kann die Anzahl der einpendelnden Autos reduziert werden - wodurch man sich auch den Bau der Garage ersparen kann.

Wird eine solche Maßnahme nicht gesetzt, dann wird Folgendes passieren: Die AnrainerInnen müssen dann mehrere Hundert Euro im Jahr für den Tiefgaragenplatz zahlen, während die dadurch im Straßenraum frei werdenden Gratis-Stellplätze (deren Anzahl nicht reduziert



Schon jetzt dominant im Bereich Auhofstraße: Autos von EinpendlerInnen

Geldverschwendung Volksgarage

Die Finanzierungsbedingungen bedeuten, dass die Garagenbetreiber im Vergleich mit einem Kredit am freien Geldmarkt die Hälfte bis zwei Drittel der Errichtungskosten von der Stadt Wien geschenkt bekommen!

- Die Garagen werden von der Stadt Wien in Form eines zinsfreien Darlehens in der Höhe der Gesamtherstellungskosten gefördert.
- Dieses Darlehen hat eine Laufzeit von maximal 40 Jahren, inkl. einem tilgungsfreien Zeitraum von 5 Jahren ab Inbetriebnahme der Garage.
- Der Garagenbetreiber verpflichtet sich, eine günstige Garagenmiete (derzeit ca. 71 Euro pro Monat) für Dauerparker über einen Zeitraum von 10 Jahren zu garantieren. *Danach kann der Betreiber aber übergangslos marktübliche Preise verlangen!!* Das heißt, die Gewinne privater Firmen werden mit Millionen aus öffentlichen Geldern gefördert.

Übrigens: Der potenzielle Betreiber der Hietzinger Volksgarage, die STPM (Städtische Parkraummanagement Gesellschaft mbH), wurde im Dezember 1998 gegründet und gehört zu 51% der („roten“) Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH, zu 49% der APCOA Parking Austria AG (in der ÖVP-Gemeinderat Mag. Alexander Neuhuber Aufsichtsratsmitglied ist). Ihr Prokurist, DI Manfred Ermischer, war von 1994-98 Garagenkoordinator der Stadt Wien.

Steinitzhof!



Hier sollen gleich vier Bauklötze entstehen; die Volksgarage gibt's als Draufgabe

werden soll) von noch mehr einpendelnden Autos verstellt werden! Die Folge: Zusätzlicher Verkehr und Umweltbelastung in der und um die Auhofstraße!

Gleichzeitig mit der Volksgarage (Betreiber: STPM) sollen auf dem Grundstück durch einen privaten Bauträger auch drei Blocks mit Luxuseigentumswohnungen und, am Hietzinger Kai, ein 16 Meter hohes Bürohaus errichtet werden – dabei würde die derzeit zur Verbauung gewidmete Fläche beträchtlich überschritten, eine Widmungsänderung (deren Berechtigung wir entschieden anzweifeln) ist also notwendig.

WIR FORDERN:

Keine "Volksgarage" in der Auhofstraße!

Prüfung aller Alternativen zur Lösung der Verkehrssituation im Hietzinger Bezirkszentrum, vor allem einer Parkraumbewirtschaftung!

Keine Entscheidung ohne rechtzeitig vorheriger Abhaltung einer BürgerInnenversammlung!

Schluss mit der Subventionierung von "Auto-Katakomben": Zweckbindung der Mittel aus der Parkometerabgabe ausschließlich für Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs!

G.J.

"Viennabike" bald auch in Hietzing?

Die Einführung des "Viennabike"-Radleihsystems, eines der 23 "rot-grünen" Projekte in Wien, war eine Aktion, die trotz (zu erwartender) Anlaufschwierigkeiten zu einem gewaltigen Echo in der Bevölkerung und in den Medien geführt hat. Anfang Juli 2002 wird es zu einem Neustart mit einem verbesserten System kommen. Für Hietzing bedeutend ist die Tatsache, dass die Benützung der "Viennabike"-Räder in Zukunft nicht mehr an die Innenbezirke gebunden, sondern zeitlich (auf nur 4 Stunden, was durchaus zu hinterfragen ist) beschränkt werden soll.



Das heißt, dass dann auch Ziele im 13. Bezirk, wie etwa die Erholungsbereiche Schönbrunn und Lainzer Tiergarten, von "Viennabike"-BenutzerInnen angesteuert werden. Eine rechtzeitige Vorsorge für Terminal-Standorte genau bei diesen Punkten haben wir deshalb bei der Juni-Sitzung der Bezirksvertretung beantragt.

HÖHERE TARIFE und WENIGER ÖFFENTLICHER VERKEHR

Mit 1. Juni wurden in Wien die Tarife für öffentliche Verkehrsmittel wieder einmal kräftig angehoben: Für den Einzelfahrschein im Vorverkauf z.B. um 20 Cent (das sind über 15%), für die Jahresnetzkarte mit Barzahlung um saftige 31,10 Euro (das wären umgerechnet immerhin 428 Schilling). Offensichtlich scheint das Motto der Mehrheitsfraktion im Gemeinderat zu lauten: "Die Öffis werden teurer, aber dafür werden ja auch die Intervalle länger..."

Jüngstes Beispiel für eine Verschlechterung des Angebotes in Hietzing: Ab Herbst 2002 soll im Bereich Ober Sankt Veit und Hacking ein **Anrufsammeltaxi-Probetrieb** (ASTAX) eingeführt werden. So weit, so gut. Am 20. Juni 2001 wurde ja ein Antrag der Grünen, dem sich auch andere Parteien anschlossen, einstimmig angenommen. Er lautete wörtlich: "Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden neuerlich ersucht, Schritte zu unternehmen, damit sogenannte 'flexible Betriebsweisen' zur Ergänzung der bestehenden öffentlichen Verkehrsmittel wie z.B. Sammeltaxis ehe baldigst auch in Hietzing eingeführt werden."

Wie sieht jedoch die nun geplante Realisierung aus? Die Buslinien 53B, 54B und 55B werden nach 21 Uhr ihren Betrieb einstellen, und stattdessen sollen zwei ASTAX-Linien pro Richtung in Halbstunden-Intervallen verkehren. Diese Taxis (eigentlich Kleinbusse mit 2

Sitzreihen) müssen eine Viertelstunde vorher telefonisch zu einer bestimmten Haltestelle bestellt werden. Der Nachteil: Fahrgäste, darunter auch weniger ortskundige BesucherInnen, können am späteren Abend nicht mehr so wie bisher zu einer Haltestelle gehen und in den Linienbus einsteigen, sondern sind (bis zum Betrieb der Nachtbusse nach Mitternacht) auf ein Handy oder auf eine Telefonzelle angewiesen. Das System, das von den "Wiener Linien" gemeinsam mit dem Unternehmen "Dr. Richard" betrieben werden soll, stellt also keine *Ergänzung* des bisherigen ÖV-Angebots dar, sondern eine *Verschlechterung*! Der einzige Vorteil wird in der Möglichkeit eines Transports zur Haustüre gegen einen Aufpreis von 1,50 bis 2 Euro liegen (falls diese Zusatzleistung überhaupt angeboten wird). Die Umstellung der großen, manchmal nahezu leer fahrenden Busse auf kleinere Fahrzeuge wäre ja auch ohne Einstellung des regulären Linienbetriebs möglich gewesen. Genau dies haben wir schon im Jahr 1992 beantragt!

So lange es keine echten Verbesserungen gibt, etwa Rufsäulen an den Umsteigeknoten, ein klares Konzept der Bewerbung und die Klärung einiger weiterer offener Fragen, können wir Grüne dieser Änderung nicht zustimmen, da sie in der geplanten Form nicht der Intention unseres im Vorjahr gestellten Antrags entspricht.

In der "Warteschleife"



Vielleicht bald kein "Rumpeln" mehr in der Meytensgasse...

Hoffnung für die Meytensgasse

Der schlechte Fahrbahnbelag im östlichen, von drei Buslinien befahrenen Abschnitt der Meytensgasse beschert den dortigen AnrainerInnen ein ständiges Rumpeln.

Um die Situation zu verbessern, brachten wir in der Bezirksvertretungssitzung am 20. Februar einen Antrag auf ehebaldigste Sanierung des Belags ein. In den ersten Entwurf des Voranschlags für das Bezirksbudget 2003 wurde die Meytensgasse bereits als Erinnerungsposten aufgenommen. Wir werden dafür sorgen, dass es nicht beim Erinnern allein bleibt.

Lokale Agenda 21

Die von uns am 5. Dezember des Vorjahres beantragte Durchführung der "Lokalen Agenda 21" auch in Hietzing liegt nach wie vor zur Behandlung in der Planungskommission. Während andere Bezirke bereits "an Bord" sind, zögert Hietzing noch, obwohl zahlreiche BürgerInnen bereit wären, sich zu engagieren und Ideen einzubringen. Wir hoffen auf einen baldigen positiven Bezirksbeschluss, damit im Budget 2003 noch Mittel veranschlagt werden können.

Ampelphasen Kennedybrücke

Wie in unserer Frühjahrs-Ausgabe berichtet, wurde in Behandlung eines Grün-Antrags auf Verkürzung der Wartezeiten bei den FußgängerInnen-Ampeln im Bereich Kennedybrücke Konsens darüber hergestellt, dass dies durch eine Halbierung der Umlaufzei-

ten ermöglicht werden soll. Der Finanzausschuss wartet noch auf ein entsprechendes Programm der MA 46 mit Kostenvoranschlag – hoffentlich nicht mehr lange!

Tempo 50 am Hietzinger Kai

Ein grüner Antrag auf eine Geschwindigkeitsbeschränkung in dieser meist befahrenen Straße des Bezirks wurde zwar von ÖVP, SPÖ und FPÖ abgelehnt, von Expertenseite wird er jedoch positiv beurteilt. Eine nochmalige sachliche Diskussion wurde versprochen. Leider zeigen einige Vorfälle der letzten Wochen exemplarisch, wie die Einstellung einiger Politiker (seien es nun Grazer FPÖ-Gemeinderäte, Kärntner SPÖ-Nationalräte oder oberösterreichische ÖVP-Landtagsabgeordnete) zum Autofahren wirklich ist.

Autofreier Tag

Auch heuer wieder wollen wir den alljährlich am 22. September stattfindenden "Autofreien Tag" feiern. Der Tag fällt auf einen Sonntag, doch das heuer am 21. September abgehaltene Hietzinger Bezirksfest böte die Gelegenheit, dem Thema "Sanfte Mobilität" Raum zu geben – zumal allein schon aufgrund der vielen BesucherInnen einige Gassen im Bezirkszentrum "autofrei" sein werden...

Wir werden jedenfalls die Bezirksvorstehung ermutigen, mehr Initiativen zu setzen als im Vorjahr.

Synagogen-Mahnmal: Fortschritte

Vor einem Jahr, am 14. Mai 2001, stellte Grün-Bezirksrätin Ingrid Risha in der Bezirksvertretungssitzung den Antrag auf Errichtung eines Mahnmals für die vertriebenen und ermordeten Hietzinger Juden am Standort der ehemaligen Synagoge. Dort befindet sich derzeit lediglich eine braune, kaum sichtbare Gedenktafel.

In einem gemeinsamen Antrag beschloss daher die Bezirksvertretung, die notwendigen Schritte (bedeutet u.a. dass die Finanzierung nicht zur Gänze aus dem Bezirksbudget geleistet wird) in die Wege zu leiten, um in der Eitelberggasse Ecke Neue Welt Gasse ein "künstlerisches Objekt", z.B. eine Skulptur oder eine Plexiglas-Stele zu errichten.

Interessierte an dem Projekt können sich an Herrn Direktor Dr. Robert Streibel von der VHS Hietzing, 1130, Hofwiesengasse 48, Tel. 804 55 24, wenden, der bereits am Aufbau eines breiten, überparteilichen ProponentInnenkomitees arbeitet.



Der zukünftige Standort des Mahnmals Ecke Eitelberggasse/Neue-Welt-Gasse

Noch eine Geschmacklosigkeit...



Eine Promenade, der nicht gerade einladend ist

Unser Artikel "Von Schandflecken und Versäumnissen" in der Frühjahrs-Ausgabe unserer Zeitung hat zahlreiche Reaktionen ausgelöst. Mehrere BezirksbewohnerInnen haben uns neue Hinweise auf verwahrloste Objekte gegeben. Leider sind viele davon in Privatbesitz, was Verbesserungen bekanntlich erschwert.

Hier exemplarisch ein Fall, der uns am Herzen liegt und den wir zum Gegenstand eines Antrags in der Juni-Bezirksvertretung gemacht haben:

Entlang der Verbindungsbahn befindet sich in der südlichen Verlängerung der Hummelgasse, zwischen Veitingergasse und Jagdschlossgasse, eine Promenade. Deren Zustand – devastierte Plakatflächen, ein zerstörter Zaun, Abfälle auf dem Weg – lässt gelinde gesagt sehr zu wünschen übrig. Eine ansprechendere Gestaltung, z.B. durch die Aufstellung von Bänken und Abfallkörben sowie eine baldige Behebung der Schäden, würde den Bedürfnissen der meisten BenutzerInnen (unter denen sich auch zahlreiche SchülerInnen befinden) entgegenkommen.

Benennung

Die von Bezirksrätin Brigitte Roth beantragte Benennung einer Verkehrsfläche nach der in Hietzing geborenen feministischen Philosophin Dr. Helene von Druskowitz (1858-1918) wurde in der Kulturkommission auch von der SPÖ unterstützt. Laut ÖVP wird es schwierig werden, noch zu benennende Straßen zu finden. Im Bereich Speising, wo derzeit Wohnanlagen errichtet werden, könnte jedoch eine geeignete Verkehrsfläche entstehen.

Gefährliche Rodelwiese

Vor über eineinhalb Jahren, am 6. Dezember 2000, hat die damalige Grün-Bezirksrätin Ingrid Risha beantragt, den Wiesenrand an der Nohartgasse beim Heinz-Nittel-Weg mit Sträuchern zu bepflanzen. Im Winter konnte nämlich mehrmals beobachtet werden, dass Kinder, die die Wiese auf dem Roten Berg zum Rodeln benutzten, mit ihren Rodeln bis auf die von Autos befahrene Nohartgasse glitten, was manchmal zu gefährlichen Situationen führte.

Da sich bisher wenig getan hat, haben wir in der Juni-Sitzung der Bezirksvertretung eine Anfrage gestellt, wann endlich mit einer Bepflanzung im Sinne der Sicherheit unserer Kinder zu rechnen ist.



Rodelwiese am Roten Berg: Im Sommer noch ungefährlich, aber im Winter?

Gedanken zum Wienerwald-Millennium

Heuer ist es 1.000 Jahre her, dass der Wienerwald im Rahmen einer Schenkung Kaiser Heinrichs II. an die Babenberger erstmals erwähnt wurde. Aus diesem Anlass kommt es zu einer Reihe von "Jubiläum-Veranstaltungen" seitens der etablierten Politik (Pröll, Häupl & Co.).

Ob diese die Probleme jedoch lösen, darf bezweifelt werden.

Einige der **Forderungen**, die wir Grüne erheben:

Schaffung eines Biosphärenparks Wienerwald mit nationalpark-ähnlichen Schutzzonen im Kernbereich, Förderung des Öko-Landbaus und des sanften Ausflugs-tourismus, Schaffung

eines Radwegenetzes auf den Straßen mit Anbindung an U-Bahn- und S-Bahn-Stationen, Individualverkehrs-Beschränkungen wie z.B. eine Durchfahrtsperre für die Amundsenstraße beim Schottenhof, strenge Widmungskriterien außerhalb ausgewiesener Siedlungszonen (Stopp der Verhüttelung und Zersiedelung der Randgebiete des Wienerwalds!), Schaffung eines Rückwidmungsfonds, bevorzugte Verwendung einheimischer Gehölze, kein Ausverkauf von Wienerwaldflächen durch die Bundesforste.

Wie schwierig durchsetzbar schon kleinste Verbesserungen sind, zeigt das Kompetenz-Wirrwarr um den von Grü-

nen und Umweltorganisationen seit Jahren geforderten "Wienerwald-Bus" zwischen Hütteldorf, Neuwaldegg, Cobenzl und Heiligenstadt. Auch die Politik wäre in solchen Fällen gefordert, weniger "abzufeiern" und dafür mehr "anzupacken".

In der Hietzinger Bezirksvertretungssitzung am 10. April 2002 wurde immerhin ein Antrag der Grünen, in dem Bürgermeister Häupl aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass wenigstens die noch immer nicht realisierten Punkte der "Wienerwalddeklaration" aus dem Jahr 1987 (vor allem die Siedlungsentwicklung und den Verkehr betreffend) endlich umgesetzt werden, einstimmig angenommen.

Umfangreiche Informationen der Grünen zum Thema Wienerwald erhalten Sie auf Wunsch im Grünen Rathausklub, Tel. 4000/81832.

Aktuelles aus der Sozialkommission

In der Bezirksvertretungssitzung am 20. Juni 2001 forderte ein grüner Antrag, gemeinsam mit der SPÖ eingebracht, die Einrichtung einer Sozialkommission. Damals stimmten ÖVP und FPÖ noch dagegen, doch mittlerweile hat ein Umdenken eingesetzt und alle Fraktionen beschlossen in der Bezirksvertretungssitzung am 20. Februar 2002, eine "Gesundheits- und Sozialkommission" einzurichten.

Am 2. Mai 2002 kam es zur Konstituierung dieser Kommission. Zur Vorsitzenden wurde, was positiv anzumerken ist, eine Frau gewählt. Aus Vorschlägen, die von den Mitgliedern kamen, wurde ein Arbeitsplan zusam-

mengestellt. Unser Antrag, das Thema "Jugendpolitik" (Freiräume, Treffpunkte, usw.) zu behandeln und dazu ExpertInnen und betroffene Jugendliche einzuladen, wurde ebenso behandelt wie Vorschläge der anderen Fraktionen auf Berücksichtigung des Einbaus von Skateboard-Anlagen bei der Umgestaltung von Parks und Spielplätzen oder auf Abhaltung eines Gesprächsforums von älteren und jungen Menschen ("Generationen-Café"). Grün-Bezirksrat Walter Frank brachte die Idee eines Jugendparlaments ein, die jedoch von der ÖVP skeptisch kommentiert wurde ("Die Jugendlichen werden von anderen beeinflusst", "Hochoffizielle Geschichten bringen nix"). Das letzte Wort ist in dieser Sache wohl noch nicht gesprochen.

HietzingerInnen für den Sozialstaat

Das auch von den GRÜNEN unterstützte Volksbegehren "Sozialstaat Österreich" (Eintragungswoche 3.-10. April 2002) hat in Hietzing einen Achtungserfolg erzielt: 5.284 der 39.125 Stimmberechtigten unterzeichneten das Begehren, das sind 13,51%. Damit liegt das Hietzinger Ergebnis deutlich über dem bundesweiten (12,20%) und nur knapp unter dem wienweiten (13,72%) Schnitt, und sogar vor mehreren starken SPÖ-Bezirken wie Floridsdorf, Simmering, Meidling, Donaustadt und Favoriten, aber auch vor anderen bürgerlichen Bezirken wie Döbling und Innere Stadt.

Braucht Österreich Abfangjäger?

Schon vor rund eineinhalb Jahrzehnten war der Kauf von Abfangjägern ein Thema. Trotz aller Proteste wurde damals der Kauf der Draken durchgezogen. Jetzt wird alles ein wenig teurer: Auf 1,82 Milliarden Euro (das sind 25 Milliarden ATS!) werden sich allein die reinen Anschaffungskosten der neuen Flugzeuge belaufen.

Der (Hietzinger) Bundeskanzler Wolfgang Schüssel muss sich folgende Fragen gefallen lassen:

- Ist eine derartige Ausgabe angesichts von Ambulanzgebühren, Unfallrentenbesteuerung, Studiengebühren und anderen Belastungen zu verantworten?
- Wie soll auf diese Weise das viel beschworene "Nulldefizit" erreicht werden?
- Gegen wen soll Österreich Abfangjäger anschaffen – etwa gegen die NATO, der fast alle Nachbarländer Österreichs angehören?

Und schließlich: Wie weit reicht eigentlich das Demokratieverständnis seines VP-Partikollegen im Innenministerium, wenn dieser die Eintragungswoche eines von über 18.000 BürgerInnen eingeleiteten Volksbegehrens gegen den Kauf der Abfangjäger justament mitten in der Sommer-Urlaubszeit ansetzt? Wir harren gespannt der Antworten.

Die Hietzinger Grünalternativen 2/2002; bei Unzustellbarkeit an: Die Grünen Hietzing, Postfach 268, 1131 Wien, Zulassungsnummer: GZ02Z031850M, Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt: 1070 Wien; P.b.b.

- Bitte schicken Sie mir Ihre Zeitung regelmäßig zu.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Verteiler für den grünen "E-Mail-Newsletter" auf.
- Ich möchte bei den Hietzinger Grünen mitarbeiten.
- Ich möchte Mitglied der Hietzinger Grünen werden.

Name:

Adresse:

Tel.:

E-Mail:

An die
Grüne Alternative
Bezirksgruppe Hietzing
Postfach 268
1131 Wien

Postgebühr
zahlt
Empfänger

An einen Haushalt